

Antrag

der Abgeordneten Mag.^a Collini gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: „**Mehr Unterstützungspersonal an NÖ Pflichtschulen**“

Neben den Kernaufgaben der Wissensvermittlung sind Lehrer_innen in verstärktem Ausmaß mit zusätzlichen Aufgaben konfrontiert. Administratives Unterstützungspersonal fehlt. Viele Schüler_innen schleppen täglich große Sorgen mit sich in die Schule. Das belastet die Schüler_innen, Lehrkräfte haben meist nicht die Kapazitäten, auf die Bedürfnisse aller Schüler_innen einzugehen. Das kann in weiterer Folge auch den Unterricht negativ beeinflussen. Damit sich Lehrer_innen auf ihren Bildungsauftrag konzentrieren können und ein gelingender Unterricht gefördert wird, ist sowohl pädagogisches Unterstützungspersonal wie Schulsozialarbeiter_innen und Schulpsycholog_innen, als auch administratives Unterstützungspersonal dringend notwendig. Schüler_innen, Lehrer_innen und Eltern brauchen eine Ansprechperson direkt an den Schulen, um sie bei ihren täglichen Sorgen und Anliegen unterstützen zu können, Lehrer_innen und Schulleiter_innen brauchen Entlastung in administrativer Hinsicht. Vor allem aber Kinder aus sozial schwächeren Familien sind/waren Leidtragende der Umstellung auf Home-Schooling während der Corona-Krise. Oftmals konnten die Kinder erst verspätet am Heimunterricht teilnehmen und waren für das Lehrpersonal schwer erreichbar, da ihnen die digitale Ausstattung fehlte. Damit erhöht sich der Förderbedarf benachteiligter Kinder in den nun folgenden Jahren enorm. Damit diese Kinder jetzt den Anschluss nicht verlieren, muss sichergestellt werden, dass an allen niederösterreichischen Schulen entsprechendes Unterstützungspersonal bereitsteht.

Sieht man sich die Bundesländer im Vergleich an, so geht klar hervor, dass Niederösterreich hier Nachholbedarf hat und es sich nicht leisten kann in diesem Bereich auf Unterstützungspersonal zu verzichten.

Aus der Anfragebeantwortung 604/AB XXVII. GP - Anfragebeantwortung, vom 17. März 2020 lassen sich die Fakten und Zahlen entnehmen, die belegen, dass NÖ - verglichen mit der Anzahl an Schüler_innen und Schulen - hier verstärkt Anstrengungen unternehmen muss, um ein entsprechendes Umfeld für alle am Bildungsprozess Beteiligten zu schaffen.

Wir brauchen dringend Maßnahmen, damit die Schulen nicht nur ihren Bildungsauftrag besser erfüllen können, sondern auch den Bedürfnissen ihrer Schüler_innen gerechter werden können und künftig kein Kind mehr zurückbleibt.

Die Gefertigte stellt daher den

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

"Die Landesregierung wird aufgefordert, Vorkehrungen zu treffen, um künftig sicherzustellen, dass es genügend Unterstützungspersonal insbesondere

- administratives Personal,
- Schulpsycholog_innen und
- Schulsozialarbeiter_innen

an Pflichtschulen gibt und die finanzielle Deckung der Beschäftigung von Unterstützungspersonal langfristig gesichert ist."

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem BILDUNGS-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.